

Die Offenbarungen der Pandemie

Wolfgang Schmidt

Geschäftsführer der ISOR e.V.

Seit Monaten bestimmen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie unser Leben und ein Ende ist vorerst nicht absehbar.

Am 1. und am 29. August haben Zehntausende in Berlin für Freiheit und gegen einschränkende Hygiene-Maßnahmen demonstriert. Die ganz besonders Hartleibigen unter ihnen befürchteten gar eine heimliche Einführung des Kommunismus in Deutschland.

Ist Freiheit wirklich „das Einzige das zählt“? Freiheit wovon und wofür? Haben Menschen als soziale Wesen nicht auch Verantwortung für ihre Mitbürger? Zwingen nicht auch Natur und Umwelt zur Einsicht in die Notwendigkeit? Ist die bürgerliche Freiheit der hemmungslosen Bereicherung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit tatsächlich eine Art göttliches Gebot?

Viren wüten ohne Rücksicht auf Klassenzugehörigkeit, treffen aber die Villenbesitzer weniger stark als die Ghettabewohner, Leute mit einem großen Bankkonto bei weitem nicht so krass, wie jene, die täglich um ihre Existenz ringen müssen.

Wie in einem Brennglas wurden angesichts der Corona-Krise die Gebrechen des herrschenden kapitalistischen Systems sichtbar und noch verstärkt. Das Kapital hat sich in seiner Gier nach Profit Länder und Kontinente unterworfen und ist schließlich auch in Bereiche der Daseinsvorsorge eingedrungen, die sich der Kapitallogik entziehen. In einer Umfrage meinten z.B. 96 Prozent der Befragten, dass nicht Wirtschaftsinteressen, sondern das Patientenwohl das Gesundheitswesen bestimmen sollten. Die inhumanen Folgen der zunehmenden Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens, insbesondere Personaleinsparungen, schlechte Bezahlung der Pflegekräfte, Verzicht auf Reserven und Kapazitäten für Notfälle, zeigten sich vor allem zu Beginn der Pandemie in aller Deutlichkeit.

Durch Corona wurde sichtbar, dass 40 Prozent der Studentinnen und Studenten auf Nebenverdienste angewiesen sind, um ihr Studium und die überbezahlten Unterkünfte

bezahlen zu können. Die Heim-Beschulung hat die soziale Ungleichheit bei den Bildungschancen weiter verschärft. In der Fleischindustrie und der Landwirtschaft zeigte sich, wie moderne Lohnsklaverei funktioniert.

Eine schwere wirtschaftliche Krise kündigt sich an. Anzeichen dafür gab es bereits vor dem Erscheinen des Corona-Virus. Die deutsche Autoindustrie kämpfte schon zum Jahreswechsel mit Umsatzeinbußen, den Folgen des Dieselskandals und den Herausforderungen der Umstellung auf E-Mobilität. Wie lange noch der massive Einbruch z.B. der Tourismusindustrie oder des Flugverkehrs anhält, ist schwer zu prognostizieren. Trotz Kurzarbeitergeld werden die Arbeitslosenzahlen erheblich steigen. Wie in jeder Krise werden kleine und mittlere Unternehmen auf der Strecke bleiben und die großen Konzerne und Finanzjongleure dazugewinnen. Die immens wachsenden Staatsschulden werden auf die Steuerzahler abgewälzt.

Eine Vermögensabgabe der Superreichen oder die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern stehen dabei nicht zur Debatte. Auch die großen Gewinner der Corona-Krise, die Pharmazie- und Digitalkonzerne mit Amazon, Facebook, Twitter und Google an der Spitze, haben nichts zu befürchten. Eine angemessene Digitalsteuer scheint ebenso wenig umsetzbar wie die systematische Austrocknung von Steueroasen. Durchaus sinnvolle staatliche Investitionen in die Impfstoffentwicklung oder die digitale Infrastruktur sind am Ende Subventionen in die Geschäftsfelder der Konzerne.

Wie bei der Bankenkrise im Jahre 2008 wurden jetzt zur Rettung des kapitalistischen Systems erneut Bürgschaften, Kredite und direkte Finanzhilfen, ggf. auch die Schuldenübernahme durch den Staat beschlossen. Finanzmittel, die wiederum mit Billionen Euro beziffert werden.

Ein Bruchteil davon würde ausreichen, um Kinderarmut, Altersarmut, Wohnungsmangel oder Obdachlosigkeit vollständig zu beseitigen, Klima- und Umweltschutz voran-

Demaskiert bis zur Kenntlichkeit zeigte sich eine hoch explosive Mischung Ende August auf den Stufen des Parlaments.

Noch ist es Zeit für genügend Feuerlöscher, sonst könnte es Brandgefährlich werden.

Nicht nur um und im Reichstagsgebäude.

zubringen und selbst das umstrittene Projekt eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger zu finanzieren.

Für die Lufthansa wurden neun Milliarden Euro locker gemacht, das Doppelte ihres Börsenwertes und in etwa die Summe der Gewinnausschüttung an die Aktionäre im letzten Jahr, noch dazu ohne jegliche Einflussmöglichkeit auf Kündigungsschutz für die Angestellten oder eine klimafreundlichere Ausrichtung. Es wiederholt sich, was bei der Rettung der Banken versäumt wurde oder überhaupt nicht ernsthaft beabsichtigt war. Nach wie vor fehlt eine wirksame Finanztransaktionssteuer. Noch immer ist es möglich, mit Wetten auf fallende Börsenkurse Milliarden zu scheffeln. Zeitweilige Verstaatlichungen und Staatshilfen erwiesen sich schon damals als Verstaatlichung von Schulden und Privatisierung von Gewinnen.

Corona zeigte aber auch die globale Abhängigkeit, das Ausmaß der Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften untereinander und damit die dringende Notwendigkeit, die Weltprobleme auf vernünftiger Basis international zu regeln.

Stattdessen dominiert in der Weltpolitik das steinzeitliche Recht des Stärkeren. Die Rüstungsausgaben beziffern sich auf ca. eine Billion Dollar jährlich und die profitable Rüstung findet immer wieder ihre Kriege. Selbst an der Modernisierung von Atomwaffen wird 75 Jahre nach Hiroshima intensiv gearbeitet, tragfähige Abkommen wurden aufgekündigt. Wirtschaftsblockaden und Sanktionen behindern die Entwicklung von Ländern, die sich den Weltherrschaftsansprüchen der USA widersetzen, jenem Land, das sich auf der anderen Seite die Kosten für die Weltgesundheitsorganisation spart.

Es gibt viele Gründe das kapitalistische System abzulehnen und zu bekämpfen. Die Offenbarungen der Corona-Pandemie gehören dazu.

Belarus im Griff einer Farbenrevolution?

Von Rainer Rupp

In den letzten Tagen ist Belarus zum Schauplatz eines neuen Regimewechsels auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR geworden. Versucht hier ein Volk, sich eines Tyrannen zu entledigen? Oder wird hier von mächtigen Kräften im Westen ein weiter „Maidan“ angeführt, bei dem, wie 2014 in der Ukraine, nationalistische Extremisten und Faschisten mit aktiver Unterstützung westlicher Regierungen, vor allem in Washington und Berlin, in einem blutigen Putsch den rechtmäßig gewählten Präsidenten verjagt und bis heute de facto die Macht im Land halten.

Vieles spricht in der Tat dafür, dass es bei den Unruhen in der belarussischen Hauptstadt Minsk nicht vorrangig um Menschenrechte und Meinungsfreiheit geht, wofür die meist jugendlichen Demonstranten auf die Straßen gehen. Tatsächlich scheint es den eigentlichen Strippenziehern im Westen um den Gewinn eines weiteren geopolitischen und geostrategischen Vorteils gegen Russland zu gehen, wofür sie die jungen Demonstranten, die zu zehntausenden mobilisiert wurden, bei den Unruhen als nützliche Idioten verheizen.

Belarus ist nämlich ein osteuropäischer Staat und hat gemeinsame Grenzen mit Polen, der Ukraine, Litauen, Lettland und eine besonders lange Grenze mit Russland. (...) Das belarussische Militär, vor allem die Flugabwehr gegen die NATO, ist fest mit der russischen Verteidigung integriert. Allein das macht einen erfolgreichen Umsturz in Minsk in den Augen der westlichen Kriegstreiber besonders attraktiv.

Bereits bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen hatte es jedes Mal entsprechende Versuche gegeben, eine Farbenrevolution in Gang zu bringen, aber in der Vergangenheit hatte der Funke nicht gezündet, denn die Belarussen hatten die abschreckenden Beispiele aus der Ukraine vor Augen, zuerst die Folgen der so genannten „Orange-Revolution“ und dann des Maidan. Außerdem ging es dem Gros der Belarussen auch in den kleinen Dörfern den Umständen entsprechend gut. Die jahrelangen erbärmlichen Zustände, durch die die Russen in den Jahren der Herrschaft des vom Westen so geliebten Demokraten Boris Jelzin vegetieren mussten, blieben den Belarussen unter ihrem Präsidenten Lukaschenko erspart.

Von 2008 bis 2013 bereiste der Autor dieser Zeilen mehrere Male Belarus kreuz und quer. Es herrschte kein Überfluss, aber auch kein Hunger, alle hatten Arbeit oder konnten studieren und alle hatten ein Dach überm Kopf. Selbst die kleinsten Dörfer bestachen durch Schönheit, Sauberkeit und Ordnung. Allerdings gab es auch damals schon Unmut und Unzufrieden-

heit. Die Menschen sehnten sich jedoch kaum nach dem goldenen Westen. Mir wurde öfter erzählt, wenn Putin auch in Belarus bei der Präsidentschaftswahl antreten könnte, dann hätte Lukaschenko keine Chance mehr. Leben wie in Russland war das Vorbild und nicht der Westen. Nur an den Universitäten gab es immer wieder junge Leute, die sich vom Westen die Erfüllung all ihrer unerfüllbaren Wünsche versprochen.

Seither ist viel Zeit ins Land gegangen. Selbst Medien, die Belarus freundlich gesinnt sind, berichten von einer allgemeinen und weit verbreiteten Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung, wegen Inkompetenz und/oder Korruption. Auch seien die politischen Eliten – vertreten durch den seit sechs Wahlperioden amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko – und die staatlichen Institutionen und Abläufe stark verkrustet.

Lukaschenko ist ehemaliger kollektiver Betriebsdirektor und hat nie eine Wirtschaftsreform zugelassen. Nahezu alle Vermögenswerte des Landes befinden sich im Staatsbesitz. Das Land ist eine Zeitkapsel aus Zeiten der Sowjetunion von vor 30 Jahren. Lukaschenkos Widerstand gegen die Privatisierung beruht weitgehend auf dem Wunsch, russischen Oligarchen den Zugriff auf die Industrie und Landwirtschaft des Landes zu versperren. Belarus ist allerdings der vom Kreml ins Leben gerufenen Europäisch-Asiatischen Wirtschaftsunion beigetreten und zudem weitgehend in die russische Wirtschaft integriert.

Das Land ist besonders stark von russischer Energie abhängig, da Belarus über keine eigenen Kohlenwasserstoffressourcen verfügt. Bei der Zusammenarbeit der zentral geplanten Volkswirtschaft von Belarus mit der gesteuerten Marktwirtschaft Russlands kommt es natürlich immer wieder zu Ineffizienzen, was auch in der Bevölkerung für Unmut sorgt. Aber inmitten der Corona-Angst, die auch die belarussische Bevölkerung ergriffen hat, zeigt sich, dass trotz allen Ärgers über den regierenden Lukaschenko, die Mehrheit der Bevölkerung nicht mitten in der Wirtschafts- und Gesundheitskrise auch noch die Regierung auswechseln wollte.

Dennoch befindet sich Belarus mitten in einem groß angelegten Versuch, mit Hilfe einer Farbenrevolution den Regimewechsel in Minsk durchzusetzen und das Land auf einen unge wollten Westkurs zu zwingen.

Für alle, die mit dem Begriff „Farbrevolution“ nicht viel anfangen können sei gesagt, dass es sich dabei um eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Psychologie beruhende, standardisierte Technik handelt, um

in einem für den Umsturz vorgesehen Staat unzufriedene gesellschaftliche Gruppen mit ansprechenden Themen und Versprechungen von westlichem Konsum und grenzenloser Freiheit zu gewinnen. Zudem die Menschen bis zur rabiaten Gewaltanwendung gegen die Ordnungskräfte der jeweiligen Diktatur zu radikalisieren, das gesellschaftliche und politische Chaos im Zielland auf die Spitze zu treiben und letztlich den prowestlichen „Regimewechsel“ durchsetzen.

(...)

Heute geht es darum, die unzufriedenen jungen Leute nicht mit zu viel politischer Theorie zu verwirren oder zu langweilen, sondern die angehenden Revolutionäre mit Popkultur zu motivieren, indem sie eingängige, inhaltsfreie Slogans, Logos und Teamfarben verwenden.

(...)

In den letzten Wochen vor der Präsidentschaftswahl in Belarus am 9. August und den anschließenden Tagen ist es immer deutlicher geworden, dass das belarussische Territorium der ehemaligen UdSSR erneut zum Schauplatz eines Regimewechsels Versuchs geworden ist. Diesmal allerdings war die direkte Einmischung des westlichen Un-Wertewestens – von Washington über Berlin bis zur EU in Brüssel – in die Wahl des souveränen Staates Belarus viel intensiver und stärker durchorganisiert als bei allen ähnlichen Versuchen im Land über die letzten zwanzig Jahre.

Bereits in den Monaten vor der Wahl hatten die Aktivitäten der vom Westen geförderten, so genannten „Oppositionskräfte“ dramatisch zugenommen. In einer breit angelegte Kampagne hatten diese „Oppositionskräfte“ die internationalen und lokalen Medien dazu ausgenutzt, um die im Land bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die allgemeine Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung hochzuspielen und Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Trotz dieses riesigen Aufwands zeigten die Ergebnisse der Wahl einen Sieg Lukaschenkos mit 80 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Oppositionskandidatin und Westmarionette Svetlana Tichanowskaja erhielt nur etwa 10 Prozent der Stimmen. Über vier Prozent der Wähler machten ihr Kreuz in der Option „Gegen alle Kandidaten“. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,23 Prozent

Die tatsächlichen Wahlergebnisse spielten jedoch für die so genannte Opposition keine Rolle. Diese folgt nämlich eins zu eins dem Drehbuch der erfolgreichen Farbenrevolutionen. Deshalb hatte sie schon Wochen vor Be-

ginn der Wahl bequemer Weise erklärt, dass ein Sieg Lukaschenkos nur bedeuten könne, dass die Wahlergebnisse gefälscht worden sind. Die westlichen Medien brauchen ihre Verdächtigungen nur über mehrere Tage 24 Stunden lang zu wiederholen, und schon weiß und glaubt jedes Kind, dass Lukaschenko ein Wahlfälscher ist.

Rationale Argumente, die gegen ein solches Szenario sprechen, haben dabei keinen Platz. Auch nicht die Tatsache, dass eine künstliche Erhöhung der Stimmen für Lukaschenko um 15 bis 20 Prozent eine massive Massenfälschung während des Wahlprozesses vorausgesetzt hätte. Die Fälschung hätte unter den Augen von vielen Beobachtern unterschiedlicher politischer Zugehörigkeit stattfinden müssen, was kaum unbemerkt hätte bleiben können.

Aber außer der Behauptung der Wahlfälschung haben die so genannten Oppositionellen und ihre finanziellen Förderer keinen Beweis oder Zeugen aus den Wahllokalen vorgezeigt. Beweise spielen hier auch keine Rolle. Behauptungen genügen. Und selbst wenn wir annehmen würden, dass die pro westliche Opposition in Belarus 20 Prozent der Stimmen bekommen hätte, wäre das Ergebnis für sie immer noch ein riesengroßer Misserfolg gewesen, denn Lukaschenko hätte immer noch mit 60 Prozent gewonnen.

Dennoch zeigt die Geschichte verschiedener Staatsstriege rund um die Welt, dass eine konsolidierte und gut koordinierte aggressive Minderheit die Macht im Staat ergreifen kann. Eine solche Situation ereignete sich während des sogenannten „Maidan“-Putsches in der Ukraine im Jahr 2014, als eine aggressive Gruppe radikaler Nationalisten, die von ausländischen Kräften unterstützt wurden, die kopflose Untätigkeit der Janukowitsch-Regierung ausnutzte. Die überwältigende Mehrheit

der Bevölkerung unterstützte den Putsch und die weitere Gewalt, die sich in der gesamten Ukraine ausdehnte, nicht. Dennoch wurde die schweigende Mehrheit zum Opfer der aggressiven und lautstarken Minderheit.

Bereits Monate vor den Wahlen in Belarus war mit westlicher Hilfe ein Netzwerk von Konten in so genannten „Sozialen Medien“ aufgebaut worden, wobei die Betreiber der Seiten in Staaten außerhalb Belarus' registriert waren, wie z.B. in Polen und in den baltischen Staaten. Sie alle versuchten mit Unterstützung der Mainstream-Medien, das Bild des totalen Zusammenbruchs der Regierung in Minsk zu zeichnen. Weiter verbreiteten sie z.B. Anweisungen für Randalierer, persönliche Daten von Polizeibeamten und die Fake News über Lukaschenko, wonach der angeblich aus Belarus geflohen sei.

Ein besonderes Thema, das von diesen Medien behandelt wird, ist der Einsatz von Gewalt gegen die angeblich friedlichen Demonstranten. Wieso werden radikale Protestler in Westmedien und in den sozialen Medien als friedliche Demonstranten dargestellt werden, obwohl sie Polizisten provozieren und mit Knüppeln, Pflastersteinen und Holzstangen brutal angreifen und einige von ihnen sogar unter Inkaufnahme von tödlichen Verletzungen mit ihren Privatautos gezielt über den Haufen fahren?

Die pro-Putsch Medien in Minsk und im Westen sind jedoch mit ihren Forderungen nach einem landesweiten Streik ab dem 11. August voll auf die Nase gefallen.

Derweil haben die belarussischen Strafverfolgungsbehörden laut lokaler Quellen und Beweisen vor Ort bei den Zusammenstößen mit den Farbenrevolutionären hohe Motivation und entschlossenes Handeln gezeigt, um die Ausbreitung des Chaos zu stoppen. Und

Präsident Lukaschenko hat, ungeachtet der Kritik an seinen wirtschaftlichen oder politischen Strategien, offenbar die Lehren aus der Geschichte gezogen und hat entschieden alles getan, um den Putsch zu verhindern.

Wie nicht anders zu erwarten, haben das US-Regime in Washington und die Europäische Union in Brüssel die Wahlen in Belarus bereits als „unfair“ und „nicht unabhängig“ verurteilt. Als weiteres Zeichen für den misslungenen Putsch kann gewertet werden, dass am 11. August die wichtigste weißrussische Oppositionskandidatin, Tichanowskaja, und mehrere führende Mitglieder ihrer Kampagne über die Grenze nach Litauen abgehauen sind, von wo sie immer noch lauthals Erklärungen abgeben, in denen sie die „Revolution“ fordern.

Auch der prowestliche, neoliberale Teil der so genannten Opposition in Russland hatte vor wenigen Tagen vor der belarussischen Botschaft in Moskau eine Kundgebung zur Unterstützung des Putschversuchs in Belarus abgehalten.

Besonders interessant ist, dass noch vor wenigen Wochen Präsident Lukaschenko öffentlich mit Washington & Co mit antirussischen Äußerungen und Importen von US-Flüssiggas geflirtet hatte. Das hat er höchstwahrscheinlich getan, um in den Verhandlungen über russische Energielieferungen bessere Preise herauszuschlagen. Mit dem Beginn der Präsidentschaftswahl haben die westlichen Länder ihren neuen Freund Lukaschenko sofort verraten und den anhaltenden Putschversuch unterstützt. Dies hat einmal mehr gezeigt, dass Vereinbarungen mit dem Washingtoner Establishment und den europäischen Bürokraten keinen Pfifferling wert sind.

(Redaktionell bearbeitet und leicht gekürzt)

*

Die Menschenwürde hat die Eigentümlichkeit, immer dort zu fehlen, wo man sie vermutet, und immer dort zu scheinen, wo sie nicht ist. Karl Kraus

Die Vorsitzenden der DKP Patrik Köbele, der GRH Hans Bauer, des RotFuchs-Fördervereins Arnold Schölzel sowie Conny Renkl für die Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) fordern in einem gemeinsamen Aufruf

„Hände weg von Belarus!“

Die Auseinandersetzungen in Belarus sind eine innere Angelegenheit der Bevölkerung von Belarus und seiner Regierung. Deshalb fordern wir:

Keine Einmischung durch NATO, EU und Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen dürfen weder zu einem weiteren Vorrücken von NATO und EU nach Osten noch im Rahmen der friedensgefährdenden Einkreisungspolitik gegenüber der Russischen Föderation missbraucht werden.

Keine Sanktionen gegen Belarus. Sanktionen dienen den Interessen des Imperialismus. Volk und Regierung in Belarus brauchen keine Ratgeber, die die Privatisierung öffentlichen Eigentums, den Abbau von so-

zialen Leistungen oder von Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge fordern. Ratgeber, wie der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank beweisen in Vergangenheit und Gegenwart, dass es ihnen nicht um die Interessen der Menschen, sondern um die Interessen von Banken, Konzernen ihren Verbänden und Institutionen geht.

Wir bitten, diesen Aufruf zu unterstützen – Vor- und Zuname per E-Mail an wdochhorn@t-online.de

*

Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Die Partei „Die Linke“ warb vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 mit einer klaren antimilitaristischen Haltung: „Gegen die Militarisierung der EU: Abrüsten. Mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) soll ein Militärhaushalt ins Leben gerufen werden, über den bevorzugt Rüstungsprojekte finanziert werden sollen. Das bedeutet im Klartext, die EU zu militarisieren. Die Bundesregierung treibt diese Entwicklung voran, „Die Linke“ lehnt eine militarisierte EU ab. Abrüstung, nicht Aufrüstung schafft Frieden! Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, Europäische Friedensfazilität (EFF) und die Ausgaben für militärische Mobilität müssen gestrichen werden“.

Nun wissen wir alle, dass nach der Wahl nicht vor der Wahl ist, aber vor der nächsten Wahl. Diese Aussage der Partei „Die Linke“ gilt seit dem 23. Juli 2020 nicht mehr. An diesem Tag verabschiedete das Europäische Parlament mit den Stimmen der großen Mehrheit der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) eine Entschließung zu den Schlussfolgerungen des Europäischen

Rates vom 17. bis 21. Juli 2020. Unter Punkt 14 wird aufgezeigt, dass es 2021 zwar weniger Mittel als 2020 für das „Leitprogramm“ geben könnte. So oder so: Darin werden auch die Ausgaben für den Verteidigungsfonds genannt. Ob viel oder wenig: Für die „Linken“ kam es zum Schwur. Von ihnen votierten schließlich 29 der 39 Mitglieder der GUE/NGL für diese Entschließung, somit auch für den Europäischen Verteidigungsfonds. Darunter auch vier deutsche Abgeordnete der Partei „Die Linke“. Wenn das kleine Tröpflein im hundertfachen Abgeordneten-Meer auch keine Rolle spielt, so ist doch eine Bresche in die Front der linken Militarisierungsgegner geschlagen.

Die linken EU-Parlamentarier nähern sich immer mehr den Positionen von Konservativen, Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen. Damit haben sie begonnen, sich am Ende selbst überflüssig zu machen.

Wilfried Steinfath/Wolfgang Kroschel

*

Aus der Postmappe

Blumen am Denkmal der Erinnerungskultur

Am 18. August strebten Menschen mit Blumen dem Erinnerungsdenkmal in der Zschopauer Gartenstraße zu.

Sie legten die Sträuße vor der Reliefplatte des Denkmals nieder, das den ehemaligen



Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann abbildet. Er ist bis heute ein umstrittener Mann, verehrt, gehasst, geliebt, verklärt, verleumdet, angefeindet, auch nach seinem Tod vor 76 Jahren. Eine Eigenschaft kann man ihm nicht absprechen, patriotischen Mut!

Zur Wahl des Reichspräsidenten stellte er sich 1932 als Kandidat Adolf Hitler und den Rechtsextremisten Hindenburg und Duesterberg entgegen, wohl wissend, dass er das Amt nicht gewinnen, aber den ganzen Hass der politischen Rechten auf sich ziehen würde. Als die Hitlerpartei siegte, übten seine Gegner Rache, indem sie Thälmann von 1933-1944 durch ihre Zuchthäuser und Folterkeller zertrümmerten, schließlich am 18. August 1944, in der Zeit der großen „Generalabrechnung“, auf persönlichen Befehl

Hitlers ermordeten. In der Abrechnung, Aktion „Gewitter“ genannt, in der auch Graf Claus von Stauffenberg, der Jurist Carl Friedrich Goerdeler, General Friedrich Olbricht, Sozialdemokraten und Kommunisten hingerichtet wurden. Allein die aufrechte Haltung Thälmanns begründet ein Denkmal der Erinnerungskultur für ihn in unserer Stadt. Was Thälmann als Parteiführer der KPD leistete, mögen jene beurteilen, die sich in seiner Nachfolge fühlen. Von Manchen wird gefragt, was haben wir in der Region unmittelbar mit Thälmann zu tun? Ja, unsere Geschichte hat mit ihm zu tun! Unter den fünf Millionen Stimmen für Thälmann, in der Schicksalswahl 1932, gab es auch viele Stimmen aus dem Erzgebirge. Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland war eine Hochburg seiner Wähler.

Und es gab Walter Trautzsch aus Lengefeld. Unter Einsatz seines Lebens hielt er von 1936-1939 die Verbindung zwischen dem inhaftierten Thälmann und den „Illegalen“ über Thälmanns Ehefrau Rosa. Trautzschs Genossen dankten ihm seinen Einsatz schlecht. Er kam in der DDR unter „Generalverdacht“ möglichen Verrats, ohne dass jemals Beweise vorlagen. Aus dem Kreissekretär der SED wurde die Unperson, das Leben fristend als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft und als Fahrstuhlführer. Seine Rehabilitation 1964 war halbherzig. Auch für den „Thälmannkurier“, den Erzgebirger Walter Trautzsch aus Lengefeld, liegen die Blumen am Denkmal der Erinnerungskultur in der Zschopauer Gartenstraße.

Die Renovierung dieses Denkmals der Erinnerungskultur wurde in diesem Jahr, nach Intervention unseres Vereins, durch den Eigentümer, die Stadt Zschopau, realisiert.

Norbert Staffa,

Verein „Erzgebirgsfreunde Russlands“ e.V.

09432 Großbofersdorf

*

Ich habe diesen Artikel („Von Deutschland geht Krieg aus“) in der Augustausgabe von **ISOR aktuell** zweimal gelesen. Ich spreche meine Hochachtung vor dieser Organisation aus. Die enthaltenen Aussagen sind umfangreich, ihnen ist überwiegend zuzustimmen.

Eingangs wird auf den 30. Jahrestag der Konterrevolution hingewiesen und zu diesem Thema habe ich doch einige Bedenken. Meine Frage ist: Wer waren denn in der DDR die Konterrevolutionäre? Waren es die Millionen Flüchtlinge, die die DDR verließen, waren es die Tausende, die Freudentänze vollführten, als sie die DM in der Hand hielten. Auf vieles wird im Artikel später noch hingewiesen. Auf jeden Fall besteht zu diesem Thema noch erheblicher Diskussionsbedarf. Zum Thema Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Armut, Einsamkeit und Verzweiflung: Ja, das gab es in der DDR nicht. Aber das Lebensniveau war eben niedriger als in der BRD, und das übte einen großen Einfluss auf die Bevölkerung der DDR aus.

Es war die Höhe der Arbeitsproduktivität. Sie entschied und entscheidet über Sieg oder Niederlage einer Gesellschaftsordnung. Leider wurde dieser wichtige Hinweis nicht genügend beachtet. Man denke nur, wo wir überall hinterhinkten: In der Autobranche, in der Wohnkultur, in der Einführung der INTERSHOP-Läden, die das höhere Versorgungsniveau in der BRD zeigten. (...)

Zum Thema „Ungeheuer Stasi“ wäre nur noch hinzuzufügen: Leider haben Aktivisten der Umwälzung in der DDR viel dazu beigetragen. Man denke nur an die Politiker Stolpe und Gysi, was sie in dieser Hinsicht ertragen mussten. Ironisch müsste man konstatieren: In der DDR gab es 13 Millionen Erwachsene, die bespitzelt wurden, weitere 13 Millionen waren haupt- oder nebenberufliche Spitzel und weitere 13 Millionen wussten von alledem nichts. Zu

Ehre des MfS muss jedoch gesagt werden: Solche hanebüchene Fehlaussagen, wie z.B. der US-Geheimdienst feststellte, es gäbe im Irak Massenvernichtungswaffen, gab es hier nicht. Man bedenke, dass es aufgrund von Falschaussagen nicht nur im Irak deshalb zu einem blutigen Krieg kam. Zu der angesprochenen Rassistendebatte und den Denkmalschleifungen: Seit Menschengedenken wurden für Führungspersönlichkeiten Denkmale erreicht, und bei Umwälzungen z.T. wieder zerstört. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde selbst Lenin vom Sockel gestürzt, die Mehrheit der Bevölkerung hat den Namen Leningrad abgewählt, ebenfalls die Heldenstadt Stalingrad wurde umbenannt. Nun nimmt die Debatte groteske Züge an: Begriffe wie „Zigeuner“ oder „Mohrenköpfe“ werden als rassistisch bezeichnet, Begriffe wie „Zigeunerschnitzel“ u.a. müssen verschwinden.

Ich stamme aus der damaligen CSR. Jedes Jahr kamen Gruppen von Zigeunern zu uns und stellten in der Nähe des Dorfes ihre Wagenburg auf. In dieser Zeit gehörten sie einfach zu uns. Es gab keine Probleme. (...)

Zum Hinweis über die Gleichberechtigung der Geschlechter genügt es, auf Artikel 3(2) des Grundgesetzes hinzuweisen um zu sehen, wie groß der Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit ist, wenn man bedenkt, wie lange schon über die gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit diskutiert wird. Bisher ohne Ergebnis.

Das Fordern nach Beendigung aller Kriege als Folge von noch mehr Not und Elend für die betroffenen Völker hat absolute Priorität. Doch gerade nach der großen Welle der Unabhängigkeitsbewegungen in den 60er Jahren gab es viele Bürgerkriege, besonders weil es Einmischungen aus dem Ausland gab und jetzt noch gibt. Man denke nur an Libyen: Unter Gaddafi ein stabiles Land, gab es Hunderttausenden Menschen aus anderen afrikanischen Staaten Lohn und Brot. Jetzt versinkt es in Bürgerkrieg und Chaos. (...)

Es gibt nur eine Einsicht: Das sozialistische System in der DDR und später im europäischen System hat die Schlacht verloren. (...)

Natürlich liegt es an uns, dass alles Gute und Wertvolle, das es in der DDR gab, nicht in Vergessenheit gerät und gehütet und aufgenommen werden muss. So hatten wir doch z.B. auf dem Gebiet der Rechtsprechung Fortschritte, die bis heute wirken. Aber man muss auch beachten, dass in den neuen Bundesländern nur zu etwa 10 Prozent der Richter und Staatsanwälte Ostdeutsche sind, die meisten sind Westimporte. Das muss selbstverständlich geändert werden.

Der Satzesatz in diesem Artikel, dass imperialistische Kriege ein für alle Mal beendet werden müssen, ist natürlich die wichtigste Aufgabe.

Siegfried Mikut, Georgsmarienhütte

Die **TIG Stendal** teilt mit, dass wegen der aktuellen Lage in diesem Jahr kein Altmarktreffen stattfindet. Das 20. Altmarktreffen ist für März nächsten Jahres vorgesehen.

Für Rückfragen steht der Pressesprecher der TIG Stendal Helmut Stefan
Tel. 03931/411093 zur Verfügung.

Bei anderen gelesen

Unser ISOR-Mitglied Walter Krüger aus Güstrow schreibt am 8. Juli in der „Schweriner Volkszeitung“:

DDR-Biografie beschmutzt

Seit über 40 Jahren bin ich Abonnent dieser Zeitung und fühlte mich bisher als Alltagsleser im Wesentlichen sachlich und gut über das Landes-, Bundes- und Weltgeschehen informiert.

Mein Ärger löst sich aus, wenn Beiträge gedruckt sind, die unsere 40jährige DDR-Biografie unsäglich beschmutzen, und das immer noch nach 30 Jahren Zusammenschluss DDR – BRD. Man nennt es auch Deutsche Einheit!

Die Bundeskanzlerin ließ in einem Interview kürzlich wissen: „Hass und Hetze sind Gift!“

Davon wurde in diesen „Einheitsjahren“ viel gespritzt, wie Dünger und Gülle auf die Äcker zum Schaden der Umwelt gebracht worden sind. Ich halte es für pure Dummheit, wenn jemand Corona mit der DDR in den Vergleich bringt. Es ist in der gegenwärtigen Situation jedem anzuraten, sein Leben mehr füreinander als gegeneinander einzusetzen. Ein Durcheinander haben wir zurzeit hinreichend in allen Lebenslagen.

*

Auch das noch

ISOR aktuell versichert allen Lesern in Sassnitz und Umgebung, dass alles menschenmögliche getan wird, unsere Zeitung bis zum Eintritt der „vernichtenden Sanktionen“ in das Rügener Schurkengebiet zu liefern.

Drei Senatoren aus Gottes eigenem Land kündigten derartige Maßnahmen für den Fall an, dass „das erste Rohr ins Wasser taucht“ und damit die letzten Kilometer von „Nord Stream 2“ fertiggestellt werden. Auch das noch: Der Betreibergesellschaft des Sassnitzer Hafens drohen Einreiseverbote in die USA (hatten sie schon bis 1989), das Einfrieren von Bankkonten und anderem Eigentum in den USA (hatten sie sowieso nicht). US-Bürgern würde verboten werden, „mit dem Hafen Sassnitz zusammenzuarbeiten.“

Unklar ist bisher, ob die USA auch See- und Landblockaden verhängen und bei schönem Wetter einen „Check-point Donald“ am Rügendam öffnen.

Noch ist es nicht bestätigt, aber sehr wahrscheinlich: Der Fährhafen von Mukran soll, ähnlich wie die US-Exklave Guantanamo auf Cuba, exterritoriales Gebiet der führenden Weltdemokratie werden. Dann könnten die GIs in die dort gelagerten Röhren und vielleicht bis Russland gucken.

w.k.

Lesenswert

Horst Jäkel aus Potsdam empfiehlt zwei Bücher:

Diether Dehm

„Meine schönsten Skandale“

(Von Ruf- und anderen Morden)

Verlag Das Neue Berlin, 256 Seiten, 20 Euro
ISBN 978-3-360-01353-8

Der marxistische Künstler und Politiker Dr. Dehm schildert offen, ehrlich und beweiskräftig seine politische Laufbahn vom linken Sozialdemokraten zum Spitzenfunktionär der Partei DIE LINKE.

Er war MdB der SPD und ist MdB der Linkspartei. Seine engagierte politische Arbeit brachte ihm Kontakte zu Willy Brandt, Oskar Lafontaine, Nelson Mandela und Antonio Guterres, zu Rudi Dutschke aber auch zu Wolf Biermann.

Dieses hochinteressante Buch ist allen zeitgeschichtlich interessierten Linken zu empfehlen.

*

„Wir von der Oberschule ‚Clara Zetkin‘ (1948 – 1975)“

Aus 27 Jahren Schulgeschichte berichten 47 Absolventen und Lehrer in vielen unterhaltsamen Episoden aus ihrer Zeit an der Erweiterten Oberschule in Fürstenberg/Stalinstadt /Eisenhüttenstadt.

Initiatorin und Herausgeberin dieses Buches ist die Kulturwissenschaftlerin Annette Krone, die neben eigenen Werken — Gedichten, Erzählungen, Essays und Romanen — den deutsch-polnischen Foto-Lyrik-Band „Oder-Neiße-Mündung („Lyscie Odry Nysy)“ publizierte. Sie leistet eine wertvolle Arbeit auf dem Gebiet des kulturellen Zusammenwirkens zwischen Polen und Deutschen.

Dank guter Lehrer sind aus dieser Schule viele ehrenwerte Persönlichkeiten hervorgegangen. Das Mosaik vielfarbiger Schilderungen macht uns bekannt mit der Guerillera Tamara Bunke, Rudolf Bahro, Kombinatdirektoren, Wissenschaftlern, Ärzten, Diplomaten, Lehrern. Unterstützt wurde Annette Krone durch Klaus Trautmann, der als Berliner Waisenkind in die Wirren des Zweiten Weltkrieges geriet

und dann dank der menschenfreundlichen Bemühungen der DDR nicht nur seinen richtigen Namen wiedergewann, sondern an der „Clara-Zetkin-EOS“ 1954 sein Abitur erwarb, danach seinen Weg

als Offizier der NVA machte und schließlich Schriftsteller wurde.

Die 352 Seiten dieses Buches wurden ange-reichert mit 172 Fotos und weiteren interessan-ten Dokumenten.

Meiner Ansicht nach gibt dieses Buch nicht nur einen wertvollen Einblick in das Entstehen und die Entwicklung der „ersten sozialistischen Stadt Deutschlands“ und ihrer Erbauer. Es ist nicht nur interessant für ehemalige Schüler die-ser Schule und deren Kinder und Enkel. Auch für die Zukunft kann dieses Buch ein wertvoller Fundus sein.

Annette Krohne

Wir von der Oberschule „Clara Zetkin“ (1948-1975)

Neißemünde-Verlag

ISBN: 978-3-941024-20-5, 352 Seiten; 22,20 €

*

Der langjährige ADN-Korrespondent in Hanoi und Verfasser mehrerer Bücher über Vietnam, Hellmut Kapfenberger, ruft zur Unterstützung des linken Verlages Wiljo Heinen auf:

An all meine Bekannten, Kollegen und Freunde, die Bücher eines „Verlags für progressive Literatur“ zu schätzen wissen:

Als ich vor vielen Jahren ein Manuskript bei einem ostdeutschen Nach-Wende-Verlag an den Mann bringen wollte, scheiterte das an dessen horrenden finanziellen Vorgaben. Seit im Jahr 2013 mein erstes Buch bei Wiljo Heinen erschienen ist, wurde ich nicht nur einmal von politischen Weggefährten älterer Semester wie ich gefragt, wie ich das denn finanziell gestemmt hätte. Meine Antwort konnte nur sein, dass nicht ich, sondern der Verleger das „gestemmt“ habe. Daran hat sich bis heute für keinen Autor des euch allen zumindest durch meine Vietnam-Bücher bekannten Verlages etwas geändert. Selbstverständlich und auch allgemeine Verlagspraxis ist das wahrlich nicht.

Doch es geht mir bei meinem Appell nicht etwa um mich und meine Bücher, denen in diesem Jahr noch eine Ho-Chi-Minh-Biografie hinzugefügt werden wird, sondern um das Schicksal eines unverzichtbaren „Verlags für progressive Literatur“. Verleger Wiljo Heinen, Chef eines Ein-Mann-Unternehmens, „Einkämpfer“ auf Gedeih und Verderb also, hat es über viele Jahre mit familiärem Beistand mög-lich gemacht, das von denen, die das Glück

hatten, Autor seines Verlags zu werden, zu Papier Gebrachte für sie kostenlos in Buchform zu „gießen“. Dass er das stets am absoluten finanziellen Limit, mit einem gewaltigen Maß an Selbstaussbeutung und dennoch mit äußerster Akribie vollbringen konnte, ist weit von jeder Selbstverständlichkeit entfernt. Das Programm seines Verlags, auf seiner Website einsehbar, zeugt von einem unvorstellbaren Maß an Wil-len, Fleiß und Können. Und die verlegerische Qualität dessen, was er bisher auf den Büchermarkt gebracht hat, hätte längst eine Auszeichnung verdient. Verleger wie er aber haben sol-che Chance nicht.

Den Umständen geschuldet dazu verurteilt, stets mit enormen finanziellen Problemen ringen zu müssen, gerät dieser Kleinstverlag jetzt auch nach eigenem Bekunden in größte Be-drängnis. Die dramatische Krisensituation, von der niemand weiß, wie lange sie währen und wie sie enden wird, beschwört trotz in Aussicht gestellter gewisser staatlicher Hilfe die Gefahr seines Bankrotts in allernächster Zeit herauf. Das darf nicht geschehen. In einem dringen-den Appell an die Autorinnen und Autoren habe ich gemahnt, es gemeinsam nicht zuzu-lassen, dass ein Verlag wie der Wiljo Heinens aufgeben muss, während rechte Verlage dank anonym agierenden, extrem potenten Geldge-bern weiter und immer ungenierter Gift in die Gesellschaft tragen können. Ich habe an sie alle appelliert, sich ohne Verzug mit unserem Verleger in komplizierter Lage nicht nur verbal solidarisch zu erweisen. Er hat es mehr als verd-ient. Diesen Appell habe ich mit der Hoffnung verbunden, „dass es nicht bei den 1.000 Euro bleiben wird, mit denen ich Wiljo Heinen nun unter die Arme gegriffen habe“.

Solidarisch sein ist für uns alle nichts Unbe-kanntes. Deshalb habe ich mich entschlossen, mich auch an euch zu wenden. Sicher, Viele und Vieles bedürfen tatkräftiger Solidarität. Zu den unwichtigsten Adressaten aber gehört solch gewichtige verlegerische Stimme gegen wucherndes Rechts nicht.

Die Bankverbindung:

Verlag Wiljo Heinen, IBAN: DE40 8309 4495 0003 2080

BIC: GENODEFIETK

Euer Hellmut Kapfenberger

*

Armut nicht verfestigen

Volkssolidarität kritisiert die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze

Die Bundesregierung hat über die Regelsätze der Grundsicherung (Hartz IV, Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit im Alter) beraten. Das Ergebnis ist die Fortschreibung der künstlichen Kleinrechnung der Regelsätze mit der Folge,

dass der Abstand der auf Grundsicherung ange-wiesenen Haushalte von der gesellschaftlichen Mitte weiter zunimmt und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts weiterhin eklatant verletzt werden. Es ist höchste Zeit, die Regel-satzentwicklung grundsätzlich zu ändern.

Die Volkssolidarität unterstützt die vom Bündnis für ein menschenunwürdiges Existenz-minimum entwickelten Vorschläge zu einer kon-sistenten Berechnung von Regelsätzen und die in diesem Kontext gestellten Forderungen. In Ostdeutschland ist der Anteil der von Alterssar-mut betroffenen Menschen in den letzten Jah-ren deutlich gestiegen. Die Zahl alleinerziehender Mütter und Väter, die auf Grundsicherung angewiesen sind, ist hier überdurchschnittlich hoch. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Taschen fest geschlossen zu halten, hat gerade für diese Gruppen verheerende Auswir-kungen. Ein „Weiter so“ bei den Regelsätzen ist zugleich für ganze Regionen fatal. Es passt erst recht nicht zu den Umständen und Anforderun-gen, die aus der Corona-Pandemie resultieren.

V.i.S.d.P.: Anna Knüpfung 21.08.2020

Zwischenruf

„Scholz lehnt Grundeinkommen ab“
Meldet T-Online am 21. August



Das ist sehr nobel. Da haben die anderen Bedürftigen ein bisschen mehr. Danke, Olaf!

In eigener Sache

Hinweis für angemeldete Empfänger der Online -Ausgabe von **ISOR aktuell**
Nach jedem Versand der Onlineausgabe **ISOR aktuell** kommen regelmäßig mehrere Fehlermeldungen des E-Mail-An-bieters über nicht zustellbare E-Mails, also der jeweils aktuellen Ausgabe. Als Gründe werden u.a. überfüllte E-Mail Postfächer oder unbekannte Mail-Adressen genannt.

Falls Sie bis etwa Mitte eines laufenden Monats keine von Ihnen erwartete **ISOR aktuell** in Ihrem Postfach vorfinden, melden Sie sich bitte per Mail mit Angabe Ihrer Telefon-Nr. bei uns (isor-redaktion @t-online.de), um die Ursache zu klären.

Gedenkwanderung zum Gamengrund

24. August 1941, Tiefensee. Im Bahnhof des kleinen Ortes im Landkreis Barnim kommen in Zügen und mit Fahrrädern um die 50 Antifaschisten und Antifaschistinnen aus Berlin an. Verkleidet als Sportler oder Touristen gehen sie in kleinen Gruppen durch das Waldstück, das sich unmittelbar an den Bahnhof anschließt. Weitgehend unbemerkt gelangen sie in den Gamengrund, wo sie das vermutlich größte deutsche antifaschistische Treffen dieser Zeit abhalten. Die „Wanderer“ sind verunsichert durch den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion; die Hoffnung auf ein schnelles Kriegsende schwindet und der Widerstandsgeist beginnt zu bröckeln. Joseph Römer, Kopf einer der größten Berliner Widerstandsgruppen dieser Zeit, berief deshalb ein gemeinsames Treffen mit Mitgliedern der Uhrig-Organisation ein. Sie wollen Informationen über den Kriegsverlauf besprechen, aber vor allem den Mitgliedern Mut machen und Möglichkeiten zur Vernetzung und Austausch schaffen. Die Gefahr, ein solches Treffen abzuhalten, war groß. Zu groß: Durch den Verrat mindestens eines eingeschleusten Gestapo-Mannes wurden viele der Teilnehmenden im Februar 1942 verhaftet, mussten sich brutaler Verhöre unterziehen und wurden dann in Konzentrationslager verschleppt. Viele der Festgenommenen wurden in vier großen Volksgerichtshofverfahren im Spätsommer 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neunundsiebzig Jahre später, am 22. August 2020, trafen sich 40 Antifaschisten aus Berlin, Brandenburg und Sachsen am mittlerweile stillgelegten Bahnhof Tiefensee zu einer antifaschistischen Gedenkwanderung, um an dieses geheime Treffen im Gamengrund zu erinnern.

Wolfram Wetzig, Kreisvorsitzender der VVN-BdA MOL eröffnete die Veranstaltung und sprach dabei von der Wichtigkeit des Gedenkens und seiner großen Freude über die Vielzahl der Anwesenden. Auch Samuel Signer und Nils Weigt, die die Veranstaltung organisiert hatten, hielten kurze Reden.

„Dass im nationalsozialistischen Deutschland Widerstand geleistet wurde, ist bekannt. Uns war es wichtig, die Lebenswege, die Entscheidungen, aber auch die Ängste und Sorgen der Widerstandskämpfer und -kämpferinnen nachzuzeichnen, sich in sie hineinzusetzen. Wir dürfen nicht vergessen,

dass diese Menschen ihr Leben riskiert haben, um dem NS-Staat zu schaden“, sagt Nils Weigt.

Nach der Eröffnung wanderte die Gruppe durch das Waldstück zum Gedenkstein im Gamengrund, der heute an das geheime Treffen 1941 erinnert.

Neben den bekannten Männern wie Joseph Römer, Willi Sachse, Fritz Riedel und Kurt Ritter, die auf dem Gedenkstein namentlich gewürdigt werden, legten sie hierbei vor allem den Fokus auf die Teilnehmerinnen. So zum Beispiel Martha Butte, die zusammen mit ihrem Mann den Ort im Gamengrund auswählte und als Späherin absicherte. Gemeinsam mit Charlotte Eisenblätter war sie verantwortlich für die illegale Zeitschrift „Informationsdienst“, das Arbeiterinnen in den Betrieben zur Sabotage aufrief und Berichte über deutsche Gräueltaten in den besetzten Gebieten öffentlich machte. Eisenblätter war als Kommunistin und Widerstandskämpferin höchstwahrscheinlich ebenfalls im Gamengrund anwesend. Die mutige Frau wurde 1942 verhaftet und übernahm die alleinige Verantwortung für den „Informationsdienst“, womit sie ihrer Genossin Butte das Leben rettete. Sie wurde 1944 hingerichtet.

Zurück in Tiefensee wurde außerdem ein weiterer Widerstandskämpfer vorgestellt: Adolf Reichwein. Dieser wirkte in den 1930er Jahren als Dorflehrer in Tiefensee und wurde als Mitglied des Kreisauer Kreises 1944 ebenfalls hingerichtet.

Am Waldfriedhof Tiefensee, der letzten Station der Wanderung, wurde außerdem eine provisorische Gedenkplakette für die internationalen Widerstandskämpfer an einem Gedenkstein angebracht. Dort hatte sich in der Vergangenheit eine Plakette befunden, die jedoch entfernt worden war.

Die Wanderung in den Gamengrund soll nicht die letzte Veranstaltung dieser Art gewesen sein. Samuel und Nils planen, zukünftig regelmäßig ähnliche Veranstaltungen durchzuführen. Dabei sollen längere Wanderungen, aber auch kleinere Spaziergänge und Stadttouren, zum Beispiel durch Strausberg, stattfinden.

Roya Sobhani (VVN-BdA MOL)

Weitere Informationen unter www.mol.vvn-bda.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.08.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.09.2020

Einstellung im Internet: 09.10.2020

Auslieferung: 14.10.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;

Di u. Mi 9–15 Uhr

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;

Di u. Mi 8–15 Uhr

Peter Ott – Tel.: (030) 29784315, Fax: (030) 29784320;

Di u. Do 8–14 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVB33XXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16